

J publ. G.

897.

J. publ. g.

897

Zachariae

J. publ. 9. 1814. 897

ENTWURF
ZU DEM
GRUNDVERTRAGE
DES
DURCH DEN PARISER FRIEDEN
VOM 30. MAI 1814.
VERHIESENEN
DEUTSCHEN STAATENBUNDES.

VON
D. KARL SALOMO ZACHARIÆ,
ÖFFENTLICHEM RECHTSLEHRER AUF DER UNIVERSITÄT
IN HEIDELBERG.

HEIDELBERG,
BEY MOHR UND ZIMMER.

1814.

393



VORREDE.

Lange habe ich Bedenken getragen, die Fluth der Tagblätter, die auf Veranlassung der Zeitbegebenheiten über Deutschland hereingebrochen ist, durch die vorliegende Schrift zu erhöh'n. Aber endlich hat mich die Hoffnung hingerissen, in einer für ganz Deutschland hochwichtigen Angelegenheit eine Stimme abgeben zu können, die nicht ganz ungehört verhallen würde.

Und nicht blos hochwichtig ist die Angelegenheit, sondern sie betrifft auch eine Aufgabe, deren Auflösung, wenn sie für gelungen gelten soll, um so schwieriger ist, je weniger man dabey die Geschichte und die Erfahrung vergangener Zeiten zu Rathe ziehen kann. Zwar — um nur einiger Beyspiele zu gedenken — schon die Griechen hatten ihre Völker- und Staaten-Bünde, den Bund der Amphiktionen, den Achäischen- den Aetolischen Bund. Aehnliche Verbindungen findet man in Italien vor der Herrschaft der Römer und in den ersten Jahrhunderten des Römischen Staates. Häufig und mächtig waren im Mittelalter besonders die Städtebündnisse. Noch jetzt besteht der Schweizerbund. Noch jetzt erinnert die Freyheit einiger Städte an

die ehemals hochmögende Hanse. Erst in unsern Tagen haben wir den Bund der Nordamerikanischen Freystaaten, und nur vor wenigen Jahren den Rheinischen Bund entstehen sehen. Aber alle diese Bünde (den Rheinischen kaum abgerechnet, der ohnehin mehr auf dem Papiere als in der Wirklichkeit existierte,) sind, besonders was die Bundesglieder (gerade die Hauptsache) betrifft, von dem Deutschen Bunde so wesentlich verschieden; dass Schlüsse von jenen auf diesen nur zu Irrthümern führen können.

Es würde ein leichtes gewesen seyn, aus den vorliegenden Blättern ein Buch zu machen. Aber ich wünschte auch von denen gelesen zu werden, die von ihrer, den Geschäften gewidmeten Zeit nur einen sehr geringen Theil für das Lesen

aufsparen können. Und darf und soll ein Vorschlag dieser Art mehr als Resultate oder Andeutungen enthalten? Daher habe ich auch nur bey einigen Artikeln eine kurze Vertheidigung, oder Empfehlung, oder einige Winke zur weitem Ausführung hinzugefügt.

In einer Hinsicht wenigstens werden sich gewiss die meisten Leser durch diese Schrift getäuscht sehen. Sie werden hoffen, grosse glänzende Ideen zur Begründung der Deutschen Nationaleinheit, zur Belebung des Deutschen Volksgeistes, zur Beförderung des Nationalwohlstandes der Deutschen in dieser Schrift zu finden. Aber von allen diesen Dingen, (deren Werth ich übrigens gewiss, wie nur einer, zu schätzen weiss,) enthält die Schrift wenig oder nichts. Denn ich schrieb mit

beständiger Rücksicht auf die dermalige Ausführbarkeit der gethanen Vorschläge. Jedoch habe ich, aus Achtung für diese Leser, einige (fromme) Wünsche hinzugefügt, immer aber nur solche, deren Verwirklichung mir nicht mit zu bedeutenden Schwierigkeiten verbunden zu seyn schien.

Auch die Leser werden sich getäuscht sehen, die in dieser Schrift Vorschläge wegen der Vertheilung der eroberten Länder, oder wegen der Vereinigung der kleinern Deutschen Länder mit den grössern zu finden erwarten. Darüber hätten sich höchstens Wünsche äussern lassen. (*Et fatigabat jam alieni imperii deos!*) Vorschläge, die nicht blos den Namen eitler Träume verdienen, können nur von denjenigen gethan werden, die an der Quelle sitzen. Ich setze nur bey mei-

nen Vorschlägen voraus, dass die dermaligen Deutschen Staaten ihr Daseyn behalten; und sollte selbst diese Voraussetzung zum Theil trügen, so würde es dennoch leicht seyn, jene Vorschläge mit einem andern Zustande der Dinge in Einklang zu bringen. Ich erlaube mir übrigens selbst den Wunsch, dass alle die Bestimmungen, die jene Gegenstände, d. h. die Vertheilung der eroberten Länder etc., betreffen, nicht in die Urkunde über die Verfassung des Deutschen Bundes eingerückt, sondern in einer besondern Vertragsurkunde enthalten seyn mögten — schon deswegen, weil andere Staaten in dem einen und in dem andern Falle den Vertrag schliessen.

Ich habe die vorliegende Schrift in Artikel gefasst, weil mir diese Form vor allen andern den Vorzug der Kürze zu haben schien.



EINLEITUNG.

Die zu Paris den 30. May 1814 unterzeichneten Friedensverträge enthalten im 6ten Artikel §. 2. folgende Uebereinkunft:

„Les états de l'Allemagne seront indépendans et unis par un lien fédératif,“ die Staaten Deutschlands sollen unabhängig und durch das Band eines Bundes vereinigt seyn.

Und da die Errichtung und Einrichtung dieses Bundes, so wie mehrere andere, durch jene Friedensschlüsse nur im Allgemeinen bestimmte, Gegenstände noch einer weitem Erörterung und Ausfüh-

rung bedurften, so setzt ferner der 32te Artikel fest :

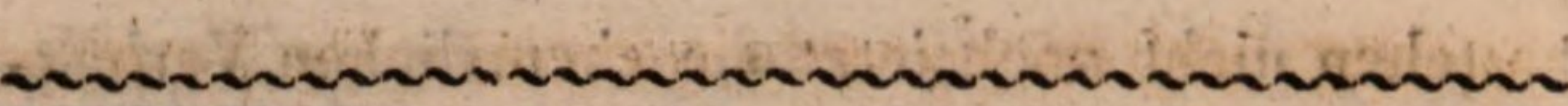
„ Dans le délai de deux mois, toutes les puissances qui ont été engagées de part et d'autre dans la présente guerre enverront des plénipotentiaires à Vienne, pour régler, dans un congrès général, les arrangements qui doivent compléter les dispositions du présent traité.“

So kurz nun auch jene Stelle, die den zu errichtenden Bund betrifft, gefasst ist, so enthält sie doch einige Aufschlüsse oder Winke über dessen Beschaffenheit. Denn 1) dieser Bund kann und soll nur die Deutschen Staaten umfassen; mithin, zur Aufnahme anderer Mitglieder, die nicht unter diese Benennung gehören, würde die Einwilligung der sämtlichen Mächte, die jene Friedensverträge abgeschlossen haben, erfordert werden. (Vergl. §. 3. u. 4. Art. 6. des Friedens.) Aber welche Staaten sind es denn, die der Friedensschluss mit dem Nahmen der Deutschen bezeichnet? Erstreckt sich ferner der Bund auch

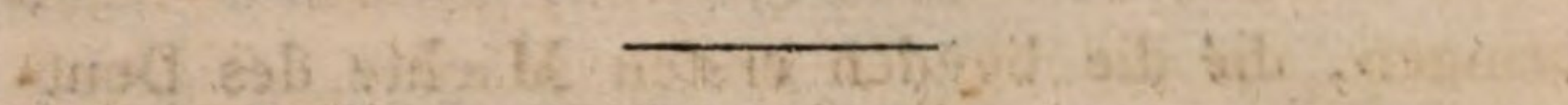
auf diejenigen Staaten, die, ohne dass sie jemals Theile des Deutschen Reiches waren, dennoch von Deutschen Fürsten zugleich mit ihren Deutschen Staaten beherrscht werden? Beyde Fragen, wovon besonders die erstere der Hoffnung und der Furcht einen sehr weiten Spielraum lässt, hat die Friedensurkunde offenbar absichtlich unbeantwortet gelassen, so leicht auch wenigstens die erstere in der Hauptsache durch einen kurzen Zusatz entschieden werden konnte. Und aus dem in der Vorrede angeführten Grunde sollen sie auch hier unerörtert bleiben. 2) Die Deutschen Staaten, Glieder des Bundes, sollen unabhängig (*indépendans*) seyn. Dass unter dieser Unabhängigkeit die Souverainetät, die Machtvollkommenheit, zu verstehn sey, ist wohl um so weniger zweifelhaft, da in dem gleich folgenden §phen des 6ten Artikels dasselbe Wort in derselben Bedeutung gebraucht wird. (*La Suisse indépendante continuera se gouverner par elle même.*) Indessen ist es doch nicht zu leugnen, dass das Wort etwas Schwankendes hat oder wenigstens den Begriff der Machtvollkommenheit nicht so bestimmt heraushebt, als

die *plénitude de la Souveraineté*, die einst der Rheinische Bund den Deutschen Fürsten beylegte. Es wird mir daher erlaubt seyn, in den folgenden Vorschlägen die Souveränität der verbündeten Fürsten in so fern als beschränkt zu betrachten, als das Interesse — die Einheit, die Dauer, die Thätigkeit des Bundes — eine solche Beschränkung fordert; und diese Erlaubniss ist mir wohl um so weniger zu versagen, je bestimmter die obige Stelle des Friedens Einheit des Bundes zu fordern scheint. 3) Da die Deutschen Staaten unabhängig, da sie nur durch das Band eines Bündnisses vereinigt seyn sollen, so würde man sich sehr irren, wenn man einer Wiederherstellung des Deutschen Reiches hoffend oder zagend entgegensehen wollte. Weit eher kann man den verhiesenen Bund mit dem aufgelösten Rheinischen vergleichen. Jedoch will das nicht so viel sagen, als ob bey der Organisation des Bundes nicht die ehemalige Deutsche Reichsverfassung benutzt werden könnte. War doch das Deutsche Reich in den neuern Zeiten, obwohl dem Nahmen nach ein monarchischer Staat, dennoch in der That mehr ein Staatenbund. Und

bestehen nicht noch jetzt die ehemaligen Verhältnisse unter den Deutschen Staaten wenigstens zu einem grossen Theile? Endlich 4) auch das Stillschweigen des Friedensschlusses, selbst über einen Hauptgegenstand, — über die oberste Leitung des Bundes, — ist bedeutungsvoll. Man wollte wohl bey den Friedensunterhandlungen aus guten Gründen nicht die verschiedenen Ansichten in Anregung bringen, die die beyden ersten Mächte des Deutschenbundes leicht in dieser Hinsicht haben dürften. Desto weiter aber ist der Spielraum, den jener Artikel der Politik der betheiligten Staaten und den Wünschen oder Träumen des Privatmannes gestattet. Desto erlaubter ist es wohl, Gedanken und Vorschläge über den ungewissen Weg nach dem ungewissen Ziele öffentlich zu äussern.



GRUND - VERTRAG
DES
DEUTSCHEN STAATEN - BUNDES.



ART. I.

Die Art. 2. genannten souverainen Fürsten und Staaten vereinigen sich hierdurch zu einem Bunde, der den Nahmen: Deutscher Staaten - Bund führt.

ART. II.

Die verbündeten Fürsten und Staaten sind:

Der Kayser von Oesterreich.

Der König von Preussen.

u. s. w.

(Hier folgen die Nahmen und Würden der übrigen Bundesstände.)

Die Reihenfolge, in welcher die Bundesstände in diesem Artikel aufgeführt worden sind, bestimmt zugleich die Rangordnung, die für die Zukunft unter ihnen eintritt. Die Großherzoge haben die Rechte und Vorzüge der königlichen Würde.

Die Bestimmung dieser Rangordnung wird bey den Unterhandlungen leicht manche Schwierigkeiten veranlassen. Ein sehr einfaches Princip würde dasjenige seyn, das Art. 26. bey der Vertheilung der Stimmen befolgt worden ist. Wegen der freyen Städte des Deutschen Staatenbundes vgl. den Deputationshauptschluss vom Jahr 1803. §. 27. — Der Endsatz des Artikels ist aus dem Rh. Bunde Art. 5. entlehnt: „*Ils (les Grand-Ducs) jouiront des droits, honneurs et prerogatives attachées à la dignité royale.*“

ART. III.

Nur mit Zustimmung der Mächte, die den Frieden vom 30. May 1814 unterzeichnet

haben, kann der Bund neue Mitglieder aufnehmen.

ART. IV.

Ein jeder einzelne Bundesstaat ist untheilbar, unveräusserlich. Jedoch sollen alle Tauschverträge, Länderausgleichungen und andere Verträge ähnlicher Art, welche von den Bundesständen unter sich in den nächsten zwey Jahren geschlossen werden, ebenso wohl volle Kraft haben und vollzogen werden, als ob sie dem Vertrage wegen des dermaligen Umfanges der Deutschen Staaten einverleibt worden wären.

Rhein-Bund Art. VII. „*S'il arrivoit qu'un desdits princes voulût aliéner, en tout ou en partie, sa souveraineté, il ne pourra le faire qu'en faveur de l'un des états confédérés.* — Dep. Hauptschluss vom 25. Febr. 1803. §. 46. „Alle Tauschverträge, Länder-Purificationen, und andere Vergleiche aller Art, welche von den Fürsten, Ständen und

Gliedern des Reichs unter sich innerhalb eines Jahrs geschlossen werden, sollen ebenso wohl volle Kraft haben, und vollzogen werden, als wenn sie gegenwärtigem Hauptschlusse wörtlich einverleibt wären.“ — Ueber den im obigen Art. gemeinten Vertrag, s. die Vorrede.

ART. V.

Ein jeder einzelne Bundesstand hat die volle Souveränität, jedoch unbeschadet der Einschränkungen, die sich aus dem gegenwärtigen Vertrage ergeben.

ART. VI.

Diejenigen Bundesstände, die als solche; nicht Könige oder Grossherzoge sind, leisten hiermit auf die Ausübung des Rechts, die Adelswürde zu ertheilen, Orden zu errichten, hohe Schulen anzulegen, Verzicht.

Nach der ehemaligen Deutschen Reichsverfassung waren diese Rechte kayserliche Reservatrechte. Diese Verfassung kann nun zwar auf einen Bund unter souverainen Staaten keinesweges angewendet werden. Aber sie beruhte auf so triftigen politischen Gründen, daß sie billig in einer andern Gestalt beziehungsweise beyzubehalten seyn dürfte.

ART. VII.

Die Bundesstände leisten gegenseitig Verzicht auf alle Ansprüche, die ein Bundesstand an die Länder des andern aus irgend einem Rechtsgrunde haben oder machen könnte, so wie auf die Hoheitsrechte (die Lehnsherrlichkeit mit einbegriffen,) und die Staatsdienstbarkeiten, die bisher ein Bundesstand in den Ländern des andern ausübte, oder ausüben zu können behauptete. Nur die Rechte der Regierungsnachfolge bleiben den Bundesständen gegenseitig für den Fall vorbehalten, da ein regierendes Haus in dem Mannsstamme aussterben sollte.

Der Artikel ist aus dem Rhein-Bunde Art. 34. entlehnt: „*Les Rois, Grand-Ducs, Ducs et Princes confédérés renoncent, chacun d'eux pour soi, ses héritiers et successeurs, à tout droit actuel, qu'ils pourroient avoir ou prétendre sur les possessions des autres membres de la confédération, telles qu'elles sont et telles qu'elles doivent être en conséquence du présent traité. Les droits éventuels de succession demeurant seuls réservés, et pour le cas seulement où viendroit à s'éteindre la maison ou la branche qui possède maintenant, ou qui doit, en vertu du présent traité, posséder en souveraineté les territoires, domaines et biens sur lesquels les susdits droits peuvent s'étendre.*“ Einige Abweichungen von dieser Stelle, die der vorgeschlagene Artikel in seinem ersten Satze enthält, beziehen sich auf die Streitfragen, die jene Stelle veranlaßt hat. — Bey dem 2ten Satze des vorgeschlagenen Artikels dürften von Manchen noch mehrere nähere Bestimmungen gewünscht werden. Aber schon die Verschiedenheit der Fälle etc. setzt sich diesem Wunsche entgegen. Auch ist es in einem Ver-

trage der vorliegenden Art nichts weniger als zweckmässig, wenn man für zukünftige Fälle den Unterhandlungen einen zu engen Spielraum verstattet. Vergl. auch den Deputationshauptschluß vom Jahr 1803. §. 45. — Sollte übrigens der im Art. 4. erwähnte Grenzvertrag gewisse Staatsdienstbarkeiten begründen oder bestehn lassen, so versteht es sich von selbst, daß auch dieser Ausnahme in dem vorliegenden Artikel zu gedenken seyn würde.

ART. VIII.

Die Rechtsverhältnisse, in welchen die Bundesstaaten unter sich und zu andern Staaten stehn, sind nach den Grundsätzen des Europäischen, so wie des allgemeinen Völkerrechts zu beurtheilen, in so fern nicht der gegenwärtige Vertrag eine Ausnahme von dieser Regel macht.

ART. IX.

Die Hauptzwecke des Bundes sind: Die Erhaltung des Ruhestandes unter den ver-

bündeten Staaten gegenseitig, und ein unbedingtes Schutz- und Trutz-Bündniss gegen auswärtige Feinde. Der letztere Zweck umfaßt zugleich Verträge aller Art, die im Namen des Bundes mit auswärtigen Staaten geschlossen werden können, jedoch mit Ausschluss solcher Verträge, die die innere Landesverwaltung betreffen, z. B. der Handelsverträge.

ART. X.

Der Bund hat noch den besondern Zweck, Verträge mit dem päpstlichen Stuhle wegen der zukünftigen Verfassung der Deutschen katholischen Kirche, nach Maßgabe der weiter unten folgenden näheren Bestimmungen, zu schließen.

ART. XI.

Die Bundesstände können und werden den Bund auch dazu benutzen, Verträge, die

das gemeinsame Wohl ihrer Unterthanen betreffen , zu errichten und zu handhaben. Wenn ein Vertrag dieser Art in dem gegenwärtigen Grundvertrage enthalten ist, so ist er als ein wesentlicher Bestandtheil des Artikels 10. angegebenen Hauptzweckes der Verbündeten zu betrachten.

ART. XII.

Der Kayser von Oesterreich ist Schutz- und Schirmherr (*Protecteur*) des Deutschen Staatenbundes. Diese Würde ist erblich.

Noch wird in dem Art. die Stelle zu bestimmen seyn , welche diese Würde unter den übrigen Titeln des Kayzers einnehmen soll.

ART. XIII.

Der Kayser von Oesterreich hat, als Schutz und Schirmherr des Bundes, im allgemeinen das Recht, und übernimmt die Verbindlichkeit, das Interesse des Bundes in allen

seinen verschiedenen Beziehungen wahrzunehmen, Vorschläge zu Bundesschlüssen zu machen, Streitigkeiten unter den Bundesgliedern, entweder mit dem Vorstande des Bundes, oder, wenn dieser selbst in dem Streite Parthey seyn sollte, allein zu vermitteln, den Krieg, zu Folge eines Bundesschlusses, im Nahmen des Bundes anzukündigen, Friedensverträge im Nahmen des Bundes, jedoch nur mit dem Bundesvorstande zugleich, und nur mit Vorbehalt der Genehmhaltung des Bundes, abzuschliessen und zu unterzeichnen, andere Verträge mit auswärtigen Staaten mit Zuziehung des Bundesvorstandes einzuleiten, und zu Folge eines Bundesschlusses abzuschliessen, und mit dem Bundesvorstande zugleich zu unterzeichnen. Kein Bundesschluss ist als solcher ohne Zustimmung des Schutz und Schirmherrn gültig. Ausserdem stehn dem Schutz - und Schirmherrn noch die besondern

Rechte zu, die ihm in den folgenden Artikeln eingeräumt sind, oder in Zukunft durch einen Bundesschluss eingeräumt werden.

ART. XIV.

Der Schutz - und Schirmherr des Bundes hat, als solcher, in Beziehung auf ein jedes einzelne Mitglied des Bundes gleiche Rechte und Pflichten; mit Vorbehalt der in den folgenden Artikeln vorkommenden Ausnahmen von dieser Regel.

ART. XV.

Der König von Preussen ist Vorstand (Erzkanzler?) des deutschen Staatenbundes. Diese Würde ist erblich.

Die zum 12. Artikel gemachte Anmerkung ist hier zu wiederholen. — Freylich gehe ich hier von einer Voraussetzung aus, die ich nicht verbürgen kann, — von der Voraussetzung, daß Preussen entschlossen sey,

dem Bunde beyzutreten. Aber was spricht nicht alles für diese Voraussetzung?

ART. XVI.

Der König von Preussen hat, als Vorstand des Bundes, im Allgemeinen das Recht, und übernimmt die Verbindlichkeit, in den Versammlungen der Gesandten und Abgeordneten der Bundesstände den Vorsitz zu führen, den Beschlüssen des Bundes die erforderliche Form und Fassung zu geben, diese Beschlüsse an den Schutz- und Schirmherrn des Bundes, oder in Verbindung mit diesem, an andere Mächte und Behörden gelangen zu lassen; die Schriften, die an den Bund gerichtet werden, den Bundesständen mitzutheilen, und überhaupt alle die Befugnisse auszuüben, die in der Würde und dem Amte eines Vorstehers (in dem *Directorio* eines *Collegii*) enthalten zu seyn pflegen. Er hat noch aufser-

dem diejenigen besondern Rechte, die ihm in andern Stellen dieses Vertrages, z. B. im 13. Artikel, ausdrücklich beygelegt worden sind, oder ihm in Zukunft durch einen Bundeschluss beygelegt werden.

ART. XVII.

Der Vorstand des Bundes hat, als solcher, in Beziehung auf ein jedes einzelne Mitglied des Bundes gleiche Rechte und Pflichten; in so fern nicht in diesem Vertrage eine Ausnahme von dieser Regel gemacht worden ist.

ART. XVIII.

Der Bundestag ist immerwährend. Der Ort, wo er gehalten wird ist Wien, als die Stadt, in welcher der Schutz und Schirmherr des Bundes sein Hoflager hat. Ein jeder Bundesstand hält daselbst fortdauernd einen

Gesandten oder Abgeordneten. Jedoch können auch mehrere Stände einer und derselben Person ihre Vollmacht ertheilen. Die Wahl der Gesandten oder Abgeordneten hängt gänzlich von dem Ermessen eines jeden einzelnen Standes ab; jedoch müssen sie von Geburt Deutsche seyn. Die Legitimation geschieht in der durch das Völkerrecht bestimmten Form zuerst bey dem Schutz- und Schirmherrn, und sodann bey dem Vorstande des Bundes. Der letztere theilt die an die Bundesstände sammt und sonders zu richtende Vollmacht seinen Mitständen mit.

ART. XIX.

Die Sprache, in welcher alle Mittheilungen, die der Schutz- und Schirmherr dem Bunde zu machen für gut findet, alle Beschlüsse des Bundes, und alle Schriften, die an den Bund (ausgenommen von auswär-

tigen Mächten) gerichtet werden, abzufassen sind, ist die Deutsche.

Das fordert schon der Name, das fordert die Ehre des Bundes. Auch das Deutsche Reich hatte, jedoch zwey Amtssprachen, die Deutsche und die Lateinische.

ART. XX.

Der Vorstand des Bundes unterhält zu Wien eine Bundeskanzley, deren Beamte von dem Vorstande, zur Hälfte aus Mitgliedern der protestantischen - und zur Hälfte aus Mitgliedern der katholischen Kirche, bestellt werden.

ART. XXI.

Alle Verhandlungen unter den Mitgliedern des Bunbestages geschehen auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege, mithin willkührlich durch schriftliche Noten oder

in Conferenzen. Ein jeder Bundesstand ist berechtigt, Verhandlungen aller Art einzuleiten, Vorschläge zu machen etc. so wie es unter unabhängigen Staaten herkömmlich ist. Eine förmliche Bundesversammlung, d. h. eine Versammlung aller Bundesgesandten und Abgeordneten, zur Abfassung eines Beschlusses, kann jedoch in der Regel nur von dem Vorstande angesagt werden. Diese Regel leidet eine Ausnahme nur dann, wenn der Bundesvorstand in dem Falle des 10. Artikels erklären sollte, daß er für sich unterhandeln wolle. Alsdann gehn für diese Angelegenheit die Rechte und Verrichtungen eines Vorstandes auf den dem Range nach nächsten Bundesstand (der sich wegen dieser Angelegenheit nicht von dem Bunde getrennt hat, vgl. Art. 23.) über.

Auffallen wird es, daß in diesem Artikel die Abfassung eines Bundesschlusses mittelbar

in die Willkühr des Vorstandes gestellt wird. Allein m. vgl. Art. 27. und die hinzugesetzte Anmerkung. — Sollte nicht dem Artikel noch der Zusatz beygefügt werden: der Vorstand kann nur dann eine förmliche Bundesversammlung ansagen, wenn er sich zuvor der Zustimmung des Schutz - und Schirmherrn des Bundes zu dem zu fassenden Beschlusse versichert hat? oder stellt man das besser der Politik des Vorstandes anheim?

ART. XXII.

In allen den durch die Hauptzwecke des Bundes (Art. 9.) begründeten Fällen gilt auf dem Bundestage die absolute Mehrheit der Stimmen.

ART. XXIII.

Eben dieses gilt von den mit dem päpstlichen Stuhle abzuschliessenden Verträgen. (Art. 10.) Jedoch steht in diesem Falle den-

jenigen Bundesständen, die als solche Könige sind, das Recht zu, sich von dem Bunde zu trennen, so daß ein jeder von diesen Bundesständen für sich, jedoch unter Vermittelung des Schutz- und Schirmherrn des Bundes, ein Concordat mit dem päpstlichen Stuhle abschließen kann.

ART. XXIV.

In allen andern Fällen ist ein Beschluß des Bundes nur für diejenigen Bundesstände verpflichtend, welche ihre Einwilligung dazu gegeben haben. (Vgl. Art. 11.)

ART. XXV.

Wenn in einem von den Fällen, in welchen die Mehrheit der Stimmen entscheidet, Gleichheit der Stimmen eintritt, so giebt die Stimme des Bundesvorstandes den Ausschlag. (Vgl. Art. 27.)

ART. XXVI.

Alle Bundesstände haben eine entscheidende (und nicht blos eine berathende) Stimme. Jedoch zählt der Bund nicht so viel Stimmen, als Mitglieder. Sondern nach dem Mafsstabe der Bevölkerung der einzelnen Bundesstaaten, hat bald ein Bundesstand mehrere Stimmen, bald eine Stimme mehrere Theilnehmer. In der Regel kommt auf eine Bevölkerung von 500,000 Menschen eine und nur eine einzelne Stimme. Diesem Grundsatz gemäß werden hiermit die Stimmen der Bundesstände auf folgende Weise festgesetzt: (Z. B. der König von etc. hat ... Stimmen, ein jeder Großherzog hat wenigstens eine Stimme, die Herzoge und Fürsten haben zusammen ... Stimmen, die freyen Städte des Deutschen Bundes zusammen zwey Stimmen. An den Curiatstimmen der Herzoge und Fürsten haben wieder die einzelnen

Glieder folgenden Antheil: Der Herzog von etc. $\frac{1}{10}$. etc. Auch könnte man diese Curiatstimmen nach gewissen Bänken vertheilen, so wie einst auf dem Reichstage die Prälaten und Grafen nach Bänken stimmten. An den beyden Curiatstimmen der Städte hat eine jede einzelne freye Stadt des Deutschen Bundes gleichen Antheil. Wenn unter ihnen Stimmengleichheit eintreten sollte, so giebt die Stimme der vorsitzenden Stadt den Ausschlag, d. h. die beyden Curiatstimmen der Städte werden derjenigen Meinung beygezählt, für welche die vorsitzende Stadt stimmt. Der letzte Satz ist auch auf die Curiatstimmen der Herzoge und Fürsten anwendbar.)

Eins der größten Gebrechen der ehemaligen Deutschen Reichsverfassung war dieses, daß das Stimmrecht auf dem Reichstage überall nicht nach einem politischen Principe vertheilt war. Der Deputationshaupt-

schluß v. J. 1803. wollte dieses Gebrechen wenigstens in einer gewissen Beziehung heben. Allein der Kayser versagte (aus guten Gründen) diesem Theile des Schlusses seine Zustimmung. — In einem Staatenbunde kann nun offenbar das Stimmrecht der einzelnen Bundesglieder nur nach der verhältnißmäßigen politischen Wichtigkeit der einzelnen Bundesstaaten bestimmt werden. Wohl aber kann darüber gestritten werden, welchen Maafstab man für die Berechnung dieses Verhältnisses anzunehmen habe, ob die Ausdehnung des Staatsgebiethes? oder die Bevölkerung? oder das Einkommen des Staates? oder den Beytrag, den die einzelnen Bundesglieder zu dem Bundesheere stellen? Es schien mir jedoch, theils überhaupt, theils nach der heutigen Art Krieg zu führen, der Maafstab der Bevölkerung vor allen andern den Vorzug zu verdienen. Die Gründe der Ausnahmen, die ich in dem Beyspielsweise entworfenen Schema von jenem Maafstabe gemacht habe, liegen zu nahe, als dafs ich sie ausführlich aus einander zu setzen brauchte! — Man könnte es für zweckmäfsig halten, die Cu-

riatstimmen der Herzoge und Fürsten nach der Art. 32. und 39. vorgeschlagenen Eintheilung in Kreise zu vereinzeln. Allein diesem Vorschlage dürften doch triftige Gründe im Wege stehn. — Endlich wird man nicht übersehn, daß Oesterreich zwar als Schutz - und Schirmherr des Bundes einen jeden Bundesschluss durch seine Abstimmung unkräftig machen kann, (Art. 13.) nicht aber unter den Bundesständen mitstimmt.

ART. XXVII.

Kein Bundesschluss kann gefasst werden, sobald die Meinung des Bundesvorstandes von der Meinung der übrigen Bundesglieder oder der Mehrzahl der Stimmen abweicht, den Fall des 10ten Artikels ausgenommen. (Vergl. Art. 21. 25.)

Gegen den in dem Artikel aufgestellten Hauptsatz wird man unfehlbar einwenden, daß er die Einheit, das Leben und die Fortdauer des Bundes in einem hohen Grade gefährde. Diese Einwendung ist auch voll-

kommen gegründet. Aber man erwäge die politischen Verhältnisse der Bundesglieder, man gedenke der Schicksale des Deutschen Reiches (das doch am Ende nur ein Staatenbund mit veralteten Formen war) besonders in den neuern Zeiten, und versuche nun einen andern ausführbaren Vorschlag zu thun. Wenn eine Schwierigkeit nicht gehoben werden kann, so ist es besser, sie förmlich auszusprechen. Das Heil des Deutschen Staatenbundes hängt vorzüglich von der genauesten Verbindung zwischen Oesterreich und Preussen ab; und um diese Verbindung nicht durch die Bundesverfassung selbst zu stören, muß diese gerade die rechtliche Nothwendigkeit jener Verbindung begründen. Uebrigens versteht es sich von selbst, daß auch ohne den Bundesvorstand Verträge zwischen Oesterreich und den einzelnen Bundesständen geschlossen werden können. (Vergl. Art. 8.)

ART. XXVIII.

Bey den förmlichen Bundesversammlungen sind die Gesandten und Abgeordneten

der Bundesstände sämmtlich , in einem Zimmer vereinigt , gegenwärtig. Jedoch versteht es sich von selbst , dafs auch einzelne Classen von Bundesständen für sich Conferenzen halten können.

Sollen die Bundesstände , die nur an einer oder an mehreren Curiat - Stimmen Antheil nehmen , ihren besondern Vorstand haben ? wie ist es mit den Deputationen , die der Bundestag bestellt oder abordnet , zu halten ? — Diese und ähnliche Fragen dürften wohl in einem Grundvertrage dieser Art besser dem freyen Ermessen der Bundesstände oder einem in Zukunft abzufassenden besondern Regulative überlassen werden.

ART. XXIX.

Der Deutsche Staatenbund , als solcher , wird bey auswärtigen Mächten durch die Gesandten des Schutz- und Schirmherrn und des Vorstandes des Bundes , gemäfs der im 13ten Artikel enthaltenen Uebereinkunft , vertreten. Auswärtige Mächte können ihre Ge-

sandte bey dem Schutz- und Schirmherrn des Bundes und zugleich bey den Bundesständen beglaubigen.

ART. XXX.

Das Bundesheer besteht aus dem stehenden Heere und aus der Landwehr der einzelnen Bundesstaaten, nach Maßgabe der in den folgenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen.

ART. XXXI.

Der Beytrag (das Contingent) an Mannschaft etc., den ein jedes einzelne Bundesglied während eines Bundeskrieges zu stellen hat, wird hiermit auf folgende Weise bestimmt: (Vergl. den Rhein. Bund Art. 38.) Jedoch verpflichten sich die Bundesglieder, diesen Beytrag nöthigenfalls, so weit es nur die Kräfte ihrer Staaten gestatten, zu erhöhen.

In Friedenszeiten ist ein jeder Stand berechtigt, nur die Hälfte der zum stehenden Bundesheere zu stellenden Mannschaft in Sold zu haben, auch die Landwehr (mit Vorbehalt der erforderlichen Waffenübungen) zu entlassen.

Sowohl in Kriegs- als in Friedenszeiten hat ein jeder einzelne Bundesstand alle Kosten der Bewaffnung etc. für seinen Beytrag zu dem Bundesheere zu tragen.

Bey diesem Artikel mögten in Vielen noch manche Wünsche, noch manche Vorschläge sich regen, die jedoch für einen Staatenbund nicht geeignet seyn dürften. — So dürften z. B. sehr Viele wünschen, dafs die Bundesstände nicht blos das Recht hätten, sondern auch die Verbindlichkeit übernehmen, in Friedenszeiten die Anzahl der ständigen Soldaten herabzusetzen. (Zum Glück scheint die Geschichte der neuesten Zeit, in welcher man so plötzlich neue schlagfertige Heere entstehen sah, zu der

Hoffnung zu berechtigen, daß die Großen der Erde von selbst geneigt seyn werden, den Friedensfuß des stehenden Heeres bedeutend herabzusetzen.) — Andere werden wünschen, daß wenigstens die Conscription überall, wo sie nur eingeführt ist, (so wie in der neuesten französischen Constitution) aufgehoben werde; sie werden hoffen, die Gründe, die für das Conscriptionssystem (selbst in rechtlicher Hinsicht) angeführt worden sind, theils widerlegen, theils durch andere (z. B. auch die jetzt eintretende andere Ordnung der Dinge) überwinden zu können etc.

ART. XXXII.

Die Glieder des Bundesheeres sind einzelne Corps. (Heerschaaren.) Ein jedes derselben besteht wenigstens aus Mann, von allen Waffengattungen, nebst den erforderlichen Kriegsgeräthschaften an Stücken etc. Diejenigen Bundesstände, die zum Bundesheere wenigstens Mann stellen, bilden aus diesem Beytrage ein Corps oder meh-

rere, worüber sie auch den oder die Oberbefehlshaber bestellen. Diejenigen Bundesstände, die weniger als Mann stellen, bilden entweder zusammen ein solches Corps, oder es wird der Beytrag, den sie zu dem Bundesheere zu stellen haben, zu dem Beytrage eines Standes der ersten Klasse geschlagen, so daß jener Beytrag einen Bestandtheil des von diesem Stande zu stellenden Corps bildet. In dem ersten Falle bestellt der Schutz und Schirmherr des Bundes, in Einverstand mit dem Bundesvorstande, den Oberbefehlshaber des Corps. In dem zweyten Falle verbleibt dieses Recht demjenigen Bundesstande, dessen Heere der Beytrag eines andern Bundesstandes einverleibt wird. Sollte der Beytrag eines Bundesstandes nicht einmal so groß seyn, daß er ein Regiment bildet, und sollten sich nicht mehrere Stände dieser Art auf die Weise verei-

nigen lassen , dafs ihre Beyträge zusammen ein oder mehrere Regimenten bildeten , so haben sie blos dem Stande , an welchen sie gewiesen sind , ihren Beytrag in Recruten und in einer angemessenen Summe Geldes zu leisten , mit Vorbehalt des Rechts , eine eigene stehende Leib - oder Polizey - Wache zu halten. — So entstehen gewisse Militär-Kreyse.

Die Kriegsverfassung (das Hauptwerk in einem jeden Staate und in einem jeden Staatenbunde) war , *ne quid gravius dicam* , der schwächste Theil der ehemaligen Deutschen Reichsverfassung. Die Fehler und Mängel jener Verfassung möglichst zu vermeiden , ist der Zweck des im Artikel enthaltenen Umrisses. Aber freylich ganz werden sie sich nie vermeiden lassen. Denn die Organisation eines Bundesheeres muß jederzeit , der Natur der Sache nach , der Organisation der Armee eines einzelnen Staates unter gleichen Umständen nachstehn. Die Schwierigkeit der Aufgabe mehrt sich noch , wenn

der Beytrag mehrerer Bundesstaaten verhältnißmäßig gering ist. — Absichtlich habe ich mich übrigens auf einen bloßen Abriss der Organisation des Bundesheeres beschränkt. Auch der Grundvertrag dürfte sich hierauf zu beschränken haben. Die weitere Ausführung dürfte auf die von den Kreis ausschreibenden Fürsten mit den Kreisständen (etwa in Jahresfrist) zu schließenden Verträge auszusetzen seyn. Diese Verträge würden von dem Schutz- und Schirmherrn und von dem Vorstande zu prüfen und zu bestätigen, oder nöthigenfalls zu vermitteln seyn. —

ART. XXXIII.

Die Oberbefehlshaher des gesammten Bundesheeres oder einzelner Heeresabtheilungen, die für sich handeln, sind von dem Schutz- und Schirmherrn des Bundes, in Einverstand mit dem Vorstande des Bundes, und was eine Heeresabtheilung betrifft, in Einverstand mit den Ständen, deren Corps dazu gehören, zu bestellen.

ART. XXXIV.

Die Länder der Deutschen Bundesglieder werden nach Westen, Norden und Osten durch Festungen geschützt. Nach Westen sind folgende Orte Bundesfestungen:
Die Nordfestungen des Bundes sind:
Die Festungen nach Westen sind:

Diejenigen von diesen Festungen, die in einem Königreiche liegen, werden von dem Souveraine dieses Staates auf eigene Kosten angelegt und unterhalten, auch ausschliessend von seinen Truppen besetzt. Die übrigen Festungen werden auf Kosten des Schutz- und Schirmherrn des Bundes und auf Kosten derjenigen Bundesstände, die als solche Könige oder Großherzoge sind, angelegt, ausgerüstet und unterhalten. (Der Beytrag zu dem Bundesheere könnte zugleich der Maafstab für den Beytrag zu diesen Kosten seyn. Jedoch würden 1) bey Oesterreich die Kosten,

die die Unterhaltung der Italienischen Festungen fordert, da diese Festungen auch die übrigen Bundeslande von dieser Seite sichern, billig in Abrechnung zu bringen, ingleichen 2) die Könige, die eigene Festungen zum Vortheile des Bundes haben, ganz oder verhältnißmäfsig mit Geldbeyträgen zu verschonen seyn. Eine eigene Einrichtung könnte wegen der Stadt Hamburg, wenn sie ferner als Grenzfestung besteht, getroffen werden. Um ferner alles, was an die ehemalige Reichsoperations-Casse erinnern würde, möglichst zu entfernen, könnte man füglich eine jede einzelne Festung, mit Rücksicht auf ihre Lage, sofort an einen oder an mehrere Stände zur Anlegung oder Unterhaltung verweisen.) Das Recht, diese Festungen zu besetzen, bleibt demjenigen Bundesstande, in dessen Gebiete sie liegen, in so fern nicht deshalb eine besondere Uebereinkunft getrof-

fen wird. Während eines Bundeskrieges steht eine jede Bundesfestung unter demjenigen unabhängig handelnden Befehlshaber, unter welchem die Heerschaar steht, zu welcher die Truppen der Besatzung gehören, mit Vorbehalt der besondern Verabredungen, die deshalb jedesmal getroffen werden können.

Keine Bundesfestung darf ohne einen Bundesschluss in einen unbefestigten Ort verwandelt werden.

Die ganze Geschichte des Deutschen Reichs (im 16. 17. 18. und 19ten Jahrhunderte) und das günstigere Schicksal Frankreichs, selbst in unseren Tagen, beweist die Nachtheile einer unbefestigten und die Vortheile einer befestigten Grenze so entscheidend, daß dieser Gegenstand gewiß zu den wichtigsten und dringendsten Angelegenheiten des Deutschen Staatenbundes gehört. Ja ganz Europa dürfte bey der jetzigen Lage der Dinge, die Deutschland wieder zum Mittelpunkte des Europäischen Gleichgewichts erhebt, ein

unmittelbares Interesse an den Entschlüssen haben , die der Bund in dieser Beziehung ergreifen wird. (Und nur diese Wichtigkeit des Gegenstandes hat mich verleitet , eine Aufgabe nicht ganz unberührt zu lassen, bey welcher es schwer ist, die staatsrechtliche Seite von der militärischen zu trennen.) Auf der andern Seite aber ist nicht leicht eine andere von diesem Bunde zu lösende Aufgabe so schwierig , als gerade diese. Eine Hauptschwierigkeit betrifft die Herbeyschaffung der erforderlichen Gelder. Je mehr Stände dazu beytragen , desto ungewisser dürfte das Resultat seyn. Daher die hierauf sich beziehenden Vorschläge des Artikels. Uebrigens dürfte es auch in andern Beziehungen nicht unbillig seyn , die kleinern Bundesstaaten von allem Beytrage zu befreyn. Eine zweyte Schwierigkeit betrifft die Einwilligung des Landesherrn zur Anlegung neuer Festungen ; jedoch dürfte diese Schwierigkeit noch am leichtesten durch die Vermittelung des Schutz- und Schirmherrn und des Vorstandes des Bundes zu beseitigen seyn. Eine dritte endlich betrifft das Besatzungs- und Oeffnungsrecht.

Hier entsteht am leichtesten eine Gegenwirkung zwischen dem landesherrlichen und dem Bundesinteresse, besonders wenn die Festung nicht in einem gröfseren Staate liegt. Der in dem Artikel in seinen Umrissen verzeichnete Plan, der übrigens noch mit der Kreifssverfassung in Verbindung gesetzt werden könnte, hat den Zweck, jene Gegenwirkung, durch möglichste Wahrnehmung des landesherrlichen Interesses, zu vermeiden. Allemal wird manches dem guten Glücke oder den Umständen des Augenblicks, vieles dem guten Willen zu überlassen seyn.

ART. XXXV.

Wenn der Bund mit einem Kriege bedroht wird, so ist der Schutz- und Schirmherr des Bundes, in Einverstand mit dem Vorstande des Bundes, jedoch ohne einen förmlichen Bundesschluss, berechtigt, die Bundesstände aufzufordern, ihren Beytrag zu dem Bundesheere (ganz oder zum Theil) auf den Kriegsfufs zu setzen, ihn in einer gewissen

Gegend zusammenzuziehen, mit einem Worte, das Bundesheer schlagfertig zu machen.

ART. XXXVI.

Wenn Streitigkeiten unter den Mitgliedern des Bundes entstehn, so ist zuvörderst der Weg der Vermittelung, in der Art. 13. bestimmten Maasse einzuschlagen; alsdann erst eignet sich der Gegenstand zu einem Bundesschlusse.

Wie aber, wenn zwischen dem Schutz- und Schirmherrn des Bundes und zwischen dem Vorstande des Bundes selbst Streitigkeiten entstehen, die sich nicht im Wege der Güte beylegen lassen? Für diesen Fall konnte dieser Entwurf keinen Vorschlag enthalten. Denn die Einigkeit zwischen beyden Mächten ist der Grundpfeiler des ganzen Gebäudes. Wo alle Mittel unzulänglich sind, da schweigt man besser von der Sache, damit man sich nicht mit dem Gedanken vertraut mache.

ART. XXXVII.

Einem jeden einzelnen Stande verbleibt zwar das Recht des Krieges und des Friedens seinem ganzen Umfange nach. Wenn jedoch ein Bundesstand mit einer auswärtigen Macht einen Vertrag schliesse oder eine Uebereinkunft träfe, die mit den durch den gegenwärtigen Vertrag übernommenen Verbindlichkeiten im Widerspruche stände, (wenn er also z. B. mit einer auswärtigen Macht ein Schutz- oder Trutzbündniss schliesse, ohne den Bund und alle einzelne Bundesglieder auszunehmen,) wenn er ferner der Mannschaft einer auswärtigen Macht den Durchmarsch durch sein Gebiet, ohne Zustimmung des Bundes bewilligte, wenn er sich endlich einem Beschlusse des Bundes nicht unterwerfen (z. B. während eines Bundeskrieges die Neutralität ergreifen) wollte, so kann er von dem Bunde ausgeschlossen und

nach Befinden als dessen Feind behandelt werden.

Nach dem Deputationshauptschlusse v. Jahre 1803 §. 27. sollten die Reichsstädte, selbst in Reichskriegen, einer unbedingten Neutralität geniefsen. So trefflich aber auch diese Vorschrift an sich ist, so würde sie doch in Reichskriegen von dem Feinde unausbleiblich verletzt worden seyn. Will man ja dem dormalen abzuschliessenden Grundvertrage eine ähnliche Bestimmung einverleiben, so ist sie wenigstens auf die freyen Städte, die Festungen sind, und unter dem Vorbehalte, dafs sie während eines Bundeskrieges einen Commandanten von dem Schutz- und Schirmherrn des Bundes erhalten, zu beschränken. Aber auch mit dieser Beschränkung ist sie den erheblichsten Einwendungen unterworfen.

ART. XXXVIII.

Sollten in einer freyen Stadt des Deutschen Bundes Unruhen oder Streitigkeiten entstehen, die sich nicht in dem gewöhn-

lichen Wege Rechtens beylegen ließen, so ist der Schutz- und Schirmherr des Bundes kraft seiner Würde berechtigt, den Streit im Wege der Güte oder nöthigenfalls durch eine Entscheidung, unmittelbar oder durch Abgeordnete, zu beseitigen. Jedoch steht es zugleich der einen und der andern Parthey frey, bey dem Vorstande des Bundes um seine Dazwischenkunft anzuhalten.

Die Geschichte der Deutschen Reichsstädte spricht sehr entscheidend für den ersten und Hauptsatz des Artikels. Der Zusatz dürfte mehreren Einwendungen ausgesetzt seyn; indessen schien doch die Artikel 13 aufgestellte Regel auch in diesem Falle beachtet werden zu müssen. Auch können Streitigkeiten vorkommen, die in das getheilte Interesse der beyden christlichen Hauptkirchen einschlagen.

ART. XXXIX.

Da es in Deutschland von jeher Sitte gewesen ist, die Wehrmänner oder die Land-

stände auf feyerlichen Tagen theils in wichtigen Landes-Angelegenheiten zu befragen, theils mit ihren Bitten und Beschwerden zu hören, so dafs sich nur von Deutschland aus diese Sitte über ganz Europa verbreitet hat, so verpflichtet sich hierdurch ein jeder einzelne Bundesfürst (jedoch mit Ausschluss derer, die, als solche, Könige sind, als welchen auch in dieser Hinsicht ihre volle Selbstständigkeit, in Beziehung auf den Bund und zum Besten des Bundes, verbleibt,) seinem Lande eine landständische Verfassung zu geben oder die in seinem Lande bereits bestehende landständische Verfassung ferner aufrecht zu erhalten, daher seinen Ständen namentlich das Recht zu ertheilen oder zu bestätigen, theils ihre Bitten und Beschwerden unmittelbar an den Fürsten zu bringen, theils ihre Meinung über neue bürgerliche, peinliche, Abgaben- und Verfassungsgesetze

auf Landesversammlungen förmlich zu äußern. Die Urkunde über die neue oder den Zeitumständen angepasste landständische Verfassung wird ein jeder von den oben bezeichneten Fürsten in den nächsten 3 Jahren ausfertigen lassen. Der Schutz- und Schirmherr und der Vorstand des Bundes übernehmen die Gewährleistung für diese Verfassung. Wenn das in Frage stehende Land nicht zu den Großherzogthümern gehört, so übernimmt diese Gewährleistung noch außerdem und unmittelbar der Vorstand des Kreises.

Die Meinungen über den in diesem Artikel gethanen Vorschlag werden gar sehr von einander abweichen. Einige wird es befremden, daß der Vorschlag nicht auch auf die Königreiche ausgedehnt worden ist; andere, daß die Großherzogthümer nicht eben so wie die Königreiche in dem Artikel angenommen worden sind. Noch andere werden überall nichts von Landständen hören wol-

len. — Die Erstern verweise ich auf die Vorrede mit der Bemerkung, daß Sachsen in der Wirklichkeit, Preussen und Bayern in der Verheisung, und Würtemberg in der Erinnerung eine landständische Verfassung hat. — Den Zweifel der Zweyten sollte ich fast selbst theilen. — Die Dritten scheinen mir doch die Erfahrung gegen sich zu haben. Wollte man auch das Aeufserste zugeben, daß die Landstände wenig Gutes bewirkt, manches Gute verhindert haben, so haben sie doch gewifs vieles Willkührliche verhindert, und der Staatsverwaltung eine gewisse Stätigkeit gegeben; und diese Vortheile dürften sehr hoch anzuschlagen seyn! Auch sollte wohl eine Verfassung nicht blos den Forderungen derer, die den Werth oder Unwerth einer Verfassung allein nach dem Betrage der Abgaben beurtheilen, sondern auch den Wünschen der Gebildeten entsprechen. Endlich, sollten die Deutschen fast in ganz Europa allein nicht die Ehre einer Landständischen oder einer ähnlichen Verfassung verdienen? — Es ist hier der Ort nicht, die Grundsätze, nach welchen dormalen eine Deutsche landständische Ver-

fassung zu organisiren seyn dürfte, aus einander zu setzen. Der vorliegende Grundvertrag selbst, wird sich bey der großen Verschiedenheit, die in dieser Rücksicht zwischen den einzelnen Deutschen Ländern eintritt, nicht über diese Aufgabe verbreiten können. Also hier nur folgende Winke über diesen Gegenstand, für welchen übrigens die ehemaligen landständischen Verfassungen der Deutschen Länder, so wie diejenigen Verfassungen, die eine Zusammenschmelzung der alten Territorialverfassungen Deutschen Ursprungs und der repräsentativen im Geiste der Französischen Constitution waren, eine Menge mehr oder weniger brauchbarer Materialien enthalten. 1) Das System zweyer Häuser oder Kammern oder Curien ist, und nicht ohne Grund, jetzt so allgemein beliebt, daß man gewiß auch geneigt seyn wird, dieses System in den Deutschen Ländern zu verwirklichen. (Zu ganz eigenen Fragen dürfte die Theilnahme der Standesheren an der landständischen Verfassung Veranlassung geben.) Nur hüte man sich vor der trügerischen Hoffnung, mit dem Buchstaben einer frem-

den Verfassung auch deren Geist sofort nachbilden zu können. Besser ist, man schreibt mit fremden Buchstaben die eigene Sprache. 2) Ueber die Rechte der Landstände habe ich in dem Artikel eine Meinung geäußert, die von der gewöhnlichen Ansicht zu sehr abweicht, als daß ich sie ohne Erläuterung lassen dürfte. Gewöhnlich ertheilt man den Landständen, oder wie man sonst diese Körperschaften nennt, bey der Gesetzgebung eine entscheidende Stimme, so daß das Gesetz nur unter der Bedingung ihrer Zustimmung verpflichtende Kraft erlangen kann. Allein ein solches Recht scheint mir mit dem Wesen einer Monarchie schlechthin unvereinbar zu seyn. Der Monarch hört auf Monarch d. h. souverän zu seyn, wenn ihm nicht das Recht der Gesetzgebung unbedingt zusteht. Eine Monarchie also, in welcher dieses Recht durch die entscheidende Stimme der Stände beschränkt ist, ist entweder nur dem Namen nach eine Monarchie, oder, da der Monarch zu Bestechungen etc. seine Zuflucht nehmen muß, um die Stimmen der Stände zu leiten, das Grab einer rechtmäßigen

Freyheit. Ganz anders verhält sich die Sache, wenn die Stände bey der Gesetzgebung blofs das verfassungsmäfsige Organ der öffentlichen Meinung sind, ohne doch den Monarchen ein rechtliches Hindernifs bey der Gesetzgebung in den Weg legen zu können. Jedoch bescheide ich mich gern, dafs in kleinern Staaten, deren Verfassung von einer auswärtigen Macht gewährt ist, die Verfassung allerdings auch auf die andere Weise ohne Nachtheil einzurichten seyn möchte. 3) Da ein Staatenbund die Einheit des Ganzen mit der Selbstständigkeit der einzelnen Glieder möglichst in Verbindung setzen mufs, und bey der Unmöglichkeit, beyde Zwecke vollkommen zu erreichen, unaufhörlich Gefahr läuft, an der einen oder an der andern Klippe zu scheitern, — da der vorliegende Entwurf, je mehr er die innere Landesverwaltung einer jeden Einmischung des Bundes zu entziehen sucht, desto mehr die Einheit des Ganzen zu gefährden scheint, und so die billigen Hoffnungen Vieler unbillig täuschen könnte, — so wage ich hier einen Vorschlag, der vielleicht geeignet ist, das Interesse des Bun-

des unbeschadet jener Selbstständigkeit bey der innern Landesverwaltung wahrzunehmen; den Vorschlag, bey einer jeden Landschaft, die zu Folge des Artikels besteht, einen Bundesanwald zu bestellen, der kraft seines Amtes berechtigt und verpflichtet wäre, bey den Landtagsverhandlungen Anträge zur Bewahrung oder Beförderung des Bundesinteresses zu machen. Die Schwierigkeiten, die sich gegen die Ausführbarkeit dieses Vorschlages, besonders in Beziehung auf das Recht, die Stelle zu besetzen, erheben dürften, ließen sich vielleicht auf die Weise beseitigen, daß der Bundesstand, in dessen Lande der Bundesanwald angestellt werden sollte, beziehungsweise dem Kreisvorstande oder dem Schutz- und Schirmherrn zwey Candidaten (Ausländer?) vorzuschlagen hätte, unter welchen dieser den auf Lebenszeit zu bestellenden Bundesanwald wählte. — Diejenigen, die diesen Vorschlag annehmbar finden, werden geneigt seyn, ihn auch auf die höchsten Gerichte der Bundesstände mit gewissen Modificationen auszudehnen.

ART. XL.

Damit ein jeder Verdacht, der in verhältnißmässig kleinern Staaten die Selbstständigkeit der Gerichte treffen könnte, möglichst vermieden werde, so sind die Gerichte derjenigen Bundesstände, die weder Könige, noch Großherzoge sind, nicht von einer jeden auswärtigen Gerichtsbarkeit unabhängig. Sondern es stehen diese Gerichte zu dem höchsten Landes-Gerichte des Kreisvorstandes, (oder auch zu einem andern Obergerichte des Kreisvorstandes) in dessen Kreise jenes Land liegt, (vergl. Art. 32.) in demselben Verhältnisse, in welchem nach der ehemaligen Deutschen Reichsverfassung die Deutschen Landesgerichte zu den höchsten Reichsgerichten standen. Dagegen ist der Bundesstand, von dessen Gerichten an das höchste Landesgericht eines Kreisvorstandes appellirt werden kann, berechtigt, bey diesem Gerichte

einen oder mehrere Beysitzer anzustellen. Auch sind die Befehle, Bescheide, Urtheile etc., die von dem Gerichte in Sachen dieser Art ausgehen, im Nahmen desjenigen Standes zu erlassen, dessen Gerichte, Beamte oder Unterthanen sie betreffen. Ueber alle diese und andere damit verwandte Gegenstände hat der Vorstand eines jeden Kreises mit den betheiligten Kreisständen in Jahresfrist eine Ordnung zu entwerfen und diese an den Schutz- und Schirmherrn des Bundes zur Prüfung und Gewährleistung einzureichen.

Fast in allen den Schriften, die über die Organisation des Rheinbundes und neuerlich über die Wiederherstellung der ehemaligen Deutschen Reichsverfassung etc. erschienen sind, hat man auf die Aufstellung eines allgemeinen Bundes- oder Reichsgerichtes gedrungen. So oft ich aber über diesen Vorschlag nachdachte, so oft thürmten sich auch Schwierigkeiten über Schwierigkeiten, die sich der Ausführbarkeit der Sache ent-

gegensetzten. Auch sah ich mich gedrungen, die Zweckmäßigkeit eines Vorschlages zu bezweifeln, der nur die Mängel, die die ehemalige Reichsjustiz - Verfassung bey allen ihren Vorzügen doch immer hatte, doppelt fühlbar machen würde. Ob der hier gethane Vorschlag (der vielleicht an die Oberhöfe des Mittelalters erinnert,) jenen Schwierigkeiten vorbeugt, und von diesen Mängeln frey ist, muß das Urtheil anderer oder die Zeit entscheiden. — Nur das bemerke ich noch über den Artikel, daß es in mehr als einer Hinsicht vortheilhaft seyn würde, wenn die zu entwerfenden Ordnungen unter einander möglichst übereinstimmten (ein Ziel, das auf mehr als eine Weise erreicht werden kann), ferner, daß in diesen Ordnungen die Sachen mit möglichster Genauigkeit zu bestimmen seyn werden, die Justizsachen sind, d. h. für die Gerichte gehören; (mit dem philosophischen Begriffe einer Justizsache kann man keinesweges ausreichen), ingleichen die Sachen, in welchen die Unterthanen den *fiscus* belangen können. Je weiter der Wirkungskreis der Gerichte in der einen und in der andern Beziehung geht, desto fester

steht das Glück der Unterthanen, die innere Ruhe des Staates! — Es wird also in dem Deutschen Staatenbunde Kriegs- und Gerichtskreise geben. (Art. 31. 38.) Ich habe vorausgesetzt, daß beyde zusammentreffen; jedoch versteht es sich von selbst, daß man nach Befinden auch Ausnahmen von dieser Regel machen könnte.

ART. XLI.

Der Bund übernimmt die Gewährleistung für diejenigen Verträge, die über die Freyheit der Schifffarth auf den Flüssen in Deutschland von den sämtlichen Bundesständen, deren Länder an den Ufern eines und ebendesselben Stromes liegen, unter sich oder mit auswärtigen Staaten entweder bereits geschlossen worden sind, oder in Zukunft geschlossen werden.

Einstweilen und bis zur Abschließung dieser Verträge kann kein neuer Stapelplatz

an einem von diesen Strömen angelegt werden. Auch können diejenigen Stände, die als solche, nicht Könige (oder Großherzoge) sind, inmittelst keine Veränderungen mit den Abgaben, die von auswärtigen Schiffen für das Recht der Durch - oder Vorbeyfarth erhoben werden, ohne Zustimmung der sämtlichen Stände, deren Länder an den Ufern des Stromes liegen, vornehmen.

Eben so wenig kann der freye Verkehr zu Lande unter den Bundesstaaten gegenseitig durch die Anlegung eines neuen Stapelplatzes gehemmt, oder von denjenigen Bundesständen, die, als solche, nicht Könige oder Großherzoge sind, durch die Erhebung neuer Abgaben, ohne Zustimmung des Kreisvorstandes, erschweert werden.

Friedensschluss v. 30. May 1814. Art. V. „*La navigation sur le Rhin, du point où il devient navigable jusqu' à la mer et réci-*

proquement, sera libre de telle sorte qu'elle ne puisse être interdite à personne, et l'on s'occupera au futur congrès des principes, d'après lesquels on pourra régler les droits à lever par les états riverains, de la manière la plus égale et la plus favorable au commerce de toutes les nations. —

Il sera examiné et décidé de même dans le futur congrès, de quelle manière pour faciliter les communications entre les peuples et les rendre toujours moins étrangers les uns aux autres, la disposition ci-dessus pourra être également étendue à tous les autres fleuves qui, dans leur cour navigable, séparent ou traversent différens états.“

Man sieht es dem Artikel an, wie groß der Wunsch, und wie gering die Hoffnung für die Erreichung eines Zweckes war, den man in Deutschland schon seit einem Jahrtausende vergeblich zu erreichen suchte. Und wenn man ferner über die Schwierigkeiten der Aufgabe ruhig und mit einiger

Sachkenntniß nachdenkt, so wird man wenigstens geneigt seyn, die Unvollkommenheiten der hier gethanen Vorschläge zu entschuldigen. Wenn ich dennoch hoffe, daß mit der neuen Ordnung der Dinge eine glücklichere Periode für die Freyheit des Verkehrs zu Wasser und zu Lande in Deutschland beginnen werde, so beruht diese Hoffnung auch darauf, daß die Veranlassung zur Vermehrung der Zölle, welche in dem ehemaligen Deutschen Staatsrechte selbst und zwar in sofern lag, als Zölle ohne Zustimmung der Landstände erhoben werden konnten, jetzt nicht weiter eintritt. — Da, was insbesondere die Freyheit der Flussschiffarth betrifft, doch am Ende die zwischen den Bundesständen zu schließenden Verträge die Hauptsache sind, so erlaube ich mir über den Inhalt derselben noch folgende Bemerkungen: In wie fern diese Verträge blos das Recht der Durch- oder Vorbeyfarth zum Gegenstande haben,

(und nur aus diesem Gesichtspunkte sollen sie hier betrachtet werden) kann man dabey wohl nur von einem der folgenden beyden Systeme ausgehn. Entweder es wird von den sämmtlichen Uferstaaten eines Flusses eine gemeinschaftliche Zollanstalt angelegt, (dieses System befolgte der Deputationshauptschlufs §. 39. in Ansehung der Rheinschiffarth) oder man beschränkt nur das den einzelnen Uferstaaten verbleibende Zollrecht zum Vortheile auswärtiger Schiffe. Beyde Systeme haben Gründe für, und Gründe gegen sich, so dafs sich über den Vorzug des einen vor dem andern nur mit Rücksicht auf politische und örtliche Verhältnisse entscheiden lassen dürfte. (Die Erfahrungen, die Deutschland bey Gelegenheit der Rheinschiffarths-Octroi gemacht hat, sind dennoch nicht gegen das erstere System entscheidend.) Hier nur noch ein Vorschlag in dem Geiste des zweyten Systemes. Wie, wenn man alle Durchfarthszölle auf den Schiff-

baren Flüssen in Deutschland aufhöbe und dagegen Patente einführte, welche alle die auswärtigen Schiffe, allemal auf ein Jahr, zu lösen hätten, die während dieses Jahres von dem Rechte der Durch - oder Vorbeyfarth Gebrauch machen wollten? Die für diese Patente zu entrichtende Summe könnte nach der Gröfse der Schiffe, nach der Beschaffenheit der Waaren und Sachen, die sie zu verschiffen berechtigt wären, und nach Verhältnifs der Länge des Weges, den der Strom durch ein jedes einzelne Land nimmt, vertragsmäfsig bestimmt werden. — Uebrigens könnte dieser Gedanke vielleicht auch für den freyen Verkehr zu Lande benutzt werden.

ART. XLII.

Die einzelnen Bundesglieder verpflichten sich hierdurch zur Bezahlung derjenigen Entschädigungen und Jahrgehälte, die sie durch

den Deputationshauptschluss vom Jahr 1803 und durch den Rheinischen Bundesacte Art. 32. und 33. übernommen haben.

Ich erwähne nichts von den Schulden, die von den Bundesgliedern zu Folge der im Artikel genannten Verträge, und zu Folge des Friedensschlusses vom 30. May 1814. Art. 18 — 26. 29 und 30. zu entrichten sind, da von diesen füglich in dem mehrerwähnten Grenzvertrage die Rede seyn dürfte.

ART. XLIII.

Das Fremdenrecht (*jus albinagii*), kraft dessen ein Fremder im Staate erblos und erbunfähig ist, fällt unter den Bundesstaaten gegenseitig weg. (Vergl. unten die Wünsche n. V.)

ART. XLIV.

Die in dem einen Bundesstaate vor Gericht anhängigen oder rechtskräftig entschie-

denen bürgerlichen Rechts-Sachen werden auch in den übrigen Bundesstaaten beziehungsweise als anhängig oder entschieden betrachtet, in so fern ihnen nach den Gesetzen dieser Staaten diese Eigenschaft an sich beygelegt werden kann.

Dieser Grundsatz, mit welchem die ehemalige Deutsche Praxis vollkommen übereinstimmte, scheint mir von solcher Wichtigkeit für die Unterthanen aller einzelnen Bundesglieder zu seyn, daß er wohl dem Grundvertrage einverleibt zu werden verdient. — Die Einschränkung, die dem Grundsatz beygefügt worden ist, wird man sich aus dem *Code civil des Français* Art. 14. erklären können.

ART. XLV.

Ein jeder Bundesstand kann von dem andern die Auslieferung flüchtiger Verbre-

cher fordern. Wenn jedoch der Flüchtige auch in dem Lande desjenigen Bundesstandes, der um die Auslieferung ersucht wird, ein Vergehen verübt hat, weshalb er noch nicht bestraft worden ist, so hängt es von dem Ermessen dieses Bundesstandes ab, ob er die Auslieferung bewilligen will oder nicht. Er bewillige sie nun oder bewillige sie nicht, so hat doch das Gericht, für welches die Untersuchung zu Folge dieses Entschlusses gehört, das Recht und die Pflicht, den Angeeschuldigten zugleich wegen der im Auslande begangenen Verbrechen zu richten und nach Befinden zu bestrafen.

ART. XLVI.

Auswärtige Mächte können für den dermaligen Bestand (die Integrität) der Staatsgebiete der Bundesstände, nicht aber für die Bundesverfassung Gewähr leisten.

W Ü N S C H E.

I.

Die Bundesstaaten werden bey der Verbesserung ihrer bürgerlichen Gesetzgebung entweder das Oesterreichische oder das Preussische Gesetzbuch zum Grunde legen. Die Bundesstände, die, als solche, nicht Könige oder Großherzoge sind, können in dieser Hinsicht nur dem Vorgange des Kreisvorstandes folgen.

Als die nun gestürzte Französische Regierung die Aufnahme ihres bürgerlichen Gesetzbuches im Auslande möglichst beförderte, wufste sie sehr wohl, daß die Einheit der bürgerlichen Gesetzgebung eines|der

festesten Bänder ist, das nur immer Völker vereinigen kann.

II.

Die sämtlichen Bundesstände vereinigen sich, den Nachdruck gegenseitig zu verbieten. Den Erben eines Schriftstellers bleibt das Eigenthum an seinen Schriften noch . . . Jahre nach seinem Tode gesichert.

III.

Das ausschliessende Eigenthum einer Erfindung, die der Landesherr des Bundesstaates, in welchem sie gemacht worden ist, als eine Erfindung anerkannt hat, bleibt dem Erfinder und dessen Erben in allen Bundesstaaten . . . Jahre lang gesichert. Von einer jeden Erfindung dieser Art ist bey dem Bundestage eine Anzeige zu machen.

IV.

Aller Universitäts-Zwang ist unter den Staaten des Deutschen Bundes gegenseitig aufgehoben; jedoch mit dem Vorbehalte, daß die einzelnen Bundesstände die Zeit bestimmen können, wie lange ein Landeskind auf einer inländischen Universität studiert haben muß, wenn es im Lande angestellt seyn will.

V.

Die Bundesstände leisten auf das Recht des Abzuges und der Nachsteuer gegenseitig Verzicht.

Pariser Friedensschluß vom 30. May 1814.

Art. 28. *„L'abolition des droits d'aubaine, de détraction et autres de la même nature dans les pays qui l'ont réciproquement stipulée avec la France ou qui lui avoient précédemment été réunis, est expressément*

maintenue.“ Die Worte: „*ou qui lui avoient*
 — — *réunis*“ müssen wohl so gedeutet
 werden, daß zwischen Frankreich und
 den von Frankreich durch den Pariser Frie-
 den abgetretenen Theilen des Französischen
 Reichs gegenseitig jene Rechte nicht
 weiter statt haben sollen.

VI.

Landesverweisung kann nur gegen Aus-
 länder und nur nach überstandener Strafzeit
 verhängen werden.

VII.

Unter den Staaten des Deutschen Staa-
 tenbundes gegenseitig ist der Getreidehandel
 nur denjenigen Einschränkungen unterwor-
 fen, denen er in dem Innern eines jeden ein-
 zelnem Landes unterworfen ist.

VIII.

In allen Bundesstaaten (ausgenommen in Preussen etc. die ihren bisherigen Münzfuß behalten), wird das Silber nach dem 20 fl. Fulse, wie bisher, ausgemünzt.

IX.

Die Taxischen Posten werden in den Bundesstaaten, ausgenommen in ... wiederhergestellt.

Die Taxischen Posten waren eine der trefflichsten Anstalten, deren sich das Deutsche Reich rühmen konnte. Mit ihnen verschwand Billigkeit in dem Ansätze der Bestellungskosten und die Unverletzlichkeit des Geheimnisses der Briefe! (die Letztere — weil sich die Postbeamten nicht mehr gegen die Zumuthungen der Landesregierungen, in deren Diensten sie nun stan-

den, mit der Einrede, daß sie sich zu-
 erst an die ihnen vorgesetzte Behörde
 zu wenden hätten, schützen konnten.)
 Man möchte daher den hier geäußerten
 Wunsch leicht so weit ausdehnen, daß
 die Taxischen Posten überall — nur die
 Königsstaaten ausgenommen — wiederherge-
 stellt würden, womit jedoch eine billige der
 Regierung eines jeden Landes zu leistende
 Entschädigung nicht ausgeschlossen wird.
 Auf jeden Fall darf man hoffen, eine Ueber-
 einkunft, ähnlich der im Deputationshaupt-
 schlusse v. J. 1803. §. 13. enthaltenen, dem
 Grundvertrage einverleibt zu sehn.

X.

Die Bundesstände entsagen dem Rechte,
 auswärtigen Mächten die Werbung in ihrem
 Lande zu gestatten, oder die Mannschaft, die
 sie selbst halten, auswärtigen Mächten in
 Sold zu geben.

Es ist sehr zweifelhaft, ob nicht die eine und die andere Verzichtleistung schon aus dem Wesen des Bundes hervorgeht. — Dafs die Sache noch eine andere sehr wichtige Ansicht hat, ist bekannt.

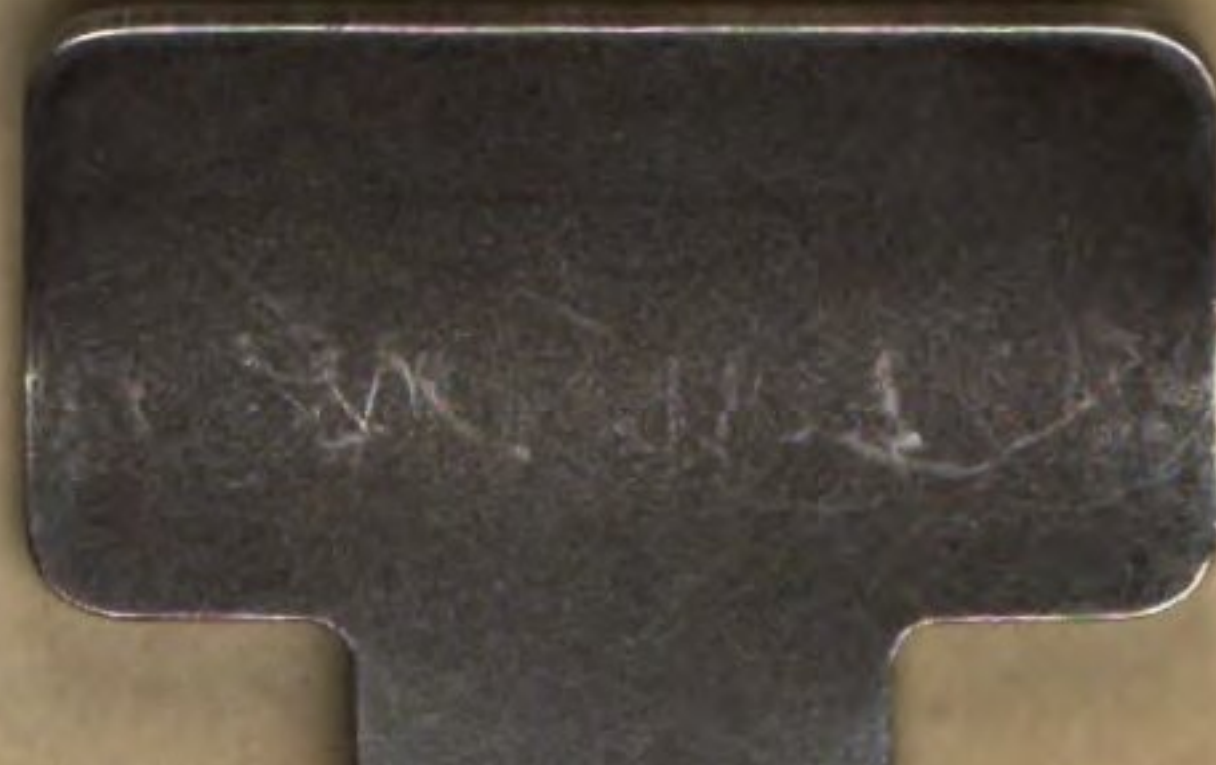
XI.

An dem Tage, an welchem der Grundvertrag des Deutschen Staatenbundes unterzeichnet worden ist, wird in Zukunft in einem jeden Bundesstaate alljährlich ein Dankfest für die Stiftung des Bundes gefeyert.

Man wird sich allerdings wundern, weder in dem Entwurfe, noch in den beygefügten Wünschen ein Wort von einer Zusicherung der Religionsfreyheit zu finden, da doch sonst in den gethanen Vorschlägen die Gegenwart möglichst mit der Vergangenheit in Verbindung gesetzt wird. Allein ich

erwog auf der einen Seite, daß eine allgemeine Zusicherung (wie diejenige ist, die der Deputationshauptschluss v. I. 1803. §. 63. enthält) in der Wirklichkeit leicht von geringem Nutzen seyn dürfte, eine ins Einzelne gehende aber entweder überhaupt, oder für jetzt (und so lange die Verfassung der katholischen Kirche noch nicht wiederhergestellt ist) nicht für den in Frage stehenden Vertrag geeignet ist, oder daß es mir wenigstens unmöglich gewesen seyn würde, meine Ansichten dieses Gegenstandes mit wenig Worten darzulegen, und auf der andern Seite, daß nach der politischen Lage der Dinge eine solche Zusicherung überall nicht nöthig seyn dürfte.

erweitert und ist, das eine all-
gemeine Ansicht, die in der
der 1. Auflage v. J. 1805. 2. Bd.
enthaltene in der 2. Auflage von ge-
ringem Nutzen ist, eine in der
folgende aber entworfen, oder für
jetzt (und so lange die Verfassung der
hiesigen Kirche nicht in wider-
spruch mit der in 1. Auflage stehenden Ver-
fassung ist, so ist es nur wenigstens
wenigstens zu wünschen, dass die An-
sichten dieser Kirche mit wenig Vor-
theilen, und auf der andern Seite
das nach der politischen Lage der Dinge
eine solche Auszeichnung, als die



Zachariä von Lingenthal, Karl Salomo,

Entwurf zu dem Grundvertrage des durch den Pariser Frieden vom 30. Mai 1814
verhiesenen deutschen Staatenbundes

Heidelberg 1814

J.publ.g. 897

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10562467-2